

## Auftragsbekanntmachung

### Dienstleistungen

#### Legal Basis:

Richtlinie 2014/24/EU

#### **Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

##### I.1) **Name und Adressen**

Stadt Strausberg  
Hegermühlenstraße 58  
Strausberg  
15344  
Deutschland  
Kontaktstelle(n): Vergabestelle  
Telefon: +49 3341-381123  
E-Mail: [sabine.zibulski@stadt-strausberg.de](mailto:sabine.zibulski@stadt-strausberg.de)  
Fax: +49 3341-381430  
NUTS-Code: DE409  
**Internet-Adresse(n):**  
Hauptadresse: [www.stadt-strausberg.de](http://www.stadt-strausberg.de)

##### I.2) **Informationen zur gemeinsamen Beschaffung**

##### I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YH6DAEX/documents>  
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen  
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YH6DAEX>

##### I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

##### I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

#### **Abschnitt II: Gegenstand**

##### II.1) **Umfang der Beschaffung**

##### II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Planungsleistungen gem. HOAI § 55 - Umbau und Erweiterung Grundschule inkl. Hort und Neubau  
Bürgerzentrum Hegermühle in 15344 Strausberg  
Referenznummer der Bekanntmachung: TD VV 26/19

##### II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71300000

##### II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

##### II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

In dem zu DDR-Zeiten errichteten Wohngebiet Hegermühle befindet sich ein in Typenbauweise errichtetes Schulgebäude der Grundschule "Am Annatal" aus den 80er Jahren, welches saniert und für eine durchgängige Zweizügigkeit des Schulbetriebes und Ganztagsbetreuung umgebaut sowie räumlich erweitert werden soll. Zusätzlich ist an dem Standort ein Neubau für das Bürgerzentrum vorgesehen. Daneben sollen die Außenanlagen sowie die Erschließung neu gestaltet werden. Im Ergebnis soll ein neues Quartierszentrum für den Stadtteil Hegermühle entstehen.

Grundlage der geplanten baulichen Entwicklung bildet ein i.R. eines Realisierungswettbewerbes (2018) gefundener Entwurf (s. Vergabeunterlagen).

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

71320000

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE409

Hauptort der Ausführung:

15344 Strausberg

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Die zu vergebenden Planungsleistungen betreffen im Einzelnen:

1. Sanierung Schule: Es handelt sich um einen 4-geschossigen Plattenbau (Schulbautyp Erfurt, 1986) in Stahlbeton-Montagebauweise (Querwandbauweise), der umfassend energetisch und brandschutztechnisch saniert werden soll (ggf. auch Schadstoffsanierung). Außerdem sollen Umbau-/ Neustrukturierungsmaßnahmen erfolgen. Zugleich ist eine weitgehende Erneuerung der haustechnischen Anlagen und ein barrierefreier Ausbau geplant.

2. Erweiterung für Schul- und Hortbetrieb: Für eine durchgängige Zweizügigkeit des Schulbetriebes ist eine Erweiterung mit zusätzlichen Klassen- /Gruppen-, Tanz- und Musikräumen sowie einer Mensa/ Aula mit Regenerierküche geplant. Für die Ganztagsangebote der Schule sowie anderer Hortanbieter sind zudem Räume für den pädagogischen Betrieb (Werk-, Gruppen-/Unterrichtsräume) vorgesehen. Der geplante Erweiterungsbau schließt über einen schmalen Verbindungsbau an den Bestand an. In einem 4-geschossigen "Kopfbau" finden alle Funktionen der Schulerweiterung ihren Platz, in einem 2-geschossigen Bauteil der Hort.

3. Neubau Bürgerzentrum: 2-geschossiger Solitär vis-a-vis der Schule für Vereins- sowie Gruppen-, Besprechungs-, Veranstaltungs- und Büroräume sowie für eine Stadtteilbibliothek.

Die Neubauten sind in Massivbauweise geplant (Wände in Mauerwerk-/ Stahlbetonmischbauweise, Decken als Stahlbetonhohldielen). Die Lichtbänder sind als Pfosten-Riegel-Konstruktion (Holz-Aluminiumfenster) mit 3-fach-Isolierverglasung und integrierten Öffnungsflügeln vorgesehen. Die Dächer sollen extensiv begrünt werden. Zur Dämpfung der sommerlichen Raumtemperaturen soll die massive Bauweise als thermische Speichermasse vorgehalten werden.

Die Realisierung des Vorhabens ist in zeitlicher Streckung über mehrere Jahre abschnittsweise vorgesehen, beginnend mit der Sanierung und dem Umbau der Schule. Das Bürgerzentrum ist als 2. Bauabschnitt geplant. Die Finanzierung der Gesamtmaßnahme ist von förderrechtlichen Zuwendungen abhängig.

Die Neubauten sollen wie die Schule an das Fernwärmenetz angeschlossen werden. Die Planungen und energetischen Nachweise sollen nach gültiger EnEV und EEWärmeG erfolgen.

Die geplanten Baumaßnahmen zeichnen sich zusammenfassend wie folgt aus: 1. Gebäudetyp: Schule / Bürgerzentrum; 2. Art der Baumaßnahme: Neu-/Erweiterungsbau und Bauen im Bestand (Sanierung und Umbau); 3. Größenordnungen BGF/geschätzte Baukosten (Summe Kostengruppen 300-400 und 600 brutto): Erweiterung Schule inkl. Hort: 3.387 qm / rd. 7,36 Mio. EUR (davon KGr 400: 1,7 Mio. EUR); Sanierung/Umbau Bestand: 2.356 qm/4,61 Mio. EUR (davon KGr 400: 1,19 Mio. EUR); Neubau Bürgerzentrum: 1.535 qm / 3,4 Mio. EUR (davon KGr 400: 0,78 Mio. EUR).

Die beabsichtigte Beauftragung umfasst die Leistungen der Technischen Ausrüstung gem. HOAI §55, Anlagengruppen 1-8 i.S. HOAI §53 (AGr 7: Küchentechnik, Feuerlöschanlagen): Grundleistungen Leistungsphase 1-9, soweit erforderlich (z.B. LPh 4), sowie ausgewählte Besondere Leistungen (im Einzelnen s. Vergabeunterlagen, hier: Leistungsbild).

Die Vergabe erfolgt stufenweise (s. Ziff. II.2.11) ohne Rechtsanspruch auf die Beauftragung aller Leistungsstufen. Eine losweise Vergabe ist nicht vorgesehen.

Folgende Unterlagen liegen vor und sind Bestandteil der Vergabeunterlagen, die im Internet abgerufen werden können (s. Ziff. I.3): Wettbewerbsergebnis 2018 (Verf.: TRU Architekten, Berlin) und Weiterentwicklung 01/2019; Vertragsentwurf inkl. ausgewählter Anlagen (u.a. ZVB, AVB, Grobterminplan, Leistungsbild, sowie folgende - im Falle der Angebotsaufforderung/ Einladung zur Verhandlung - unterzeichnet vorzulegende Dokumente: 1. Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem BbgVergG).

Eine Kenntnis dieser Unterlagen ist für das Bewerbungsverfahren nicht erforderlich.

Voraussichtlicher Zeitrahmen: 1. Beauftragung: 10/2019; 2. Realisierung: 2021 bis 2025; 3. Projektabschluss: im Nachgang.

#### II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: 1. Personaleinsatzkonzept (nach näherer Maßgabe der Vergabeunterlagen [Hyperlink s. Ziff. I.3], hier: Dokument "Zuschlagskriterien" [Ordner "Sonstiges"]) / Gewichtung: 28,3

Qualitätskriterium - Name: 2. Strukturelle Herangehensweise (s.o.) / Gewichtung: 26,1

Qualitätskriterium - Name: 3. Herangehensweise an komplexe fachtechnische Aufgabenstellungen (s.o.) / Gewichtung: 19,6

Qualitätskriterium - Name: 4. Präsentation (s.o.) / Gewichtung: 4,3

Preis - Gewichtung: 21,7

#### II.2.6) **Geschätzter Wert**

#### II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 72

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Die angegebene Laufzeit beinhaltet nicht den Projektabschluss inkl. Abrechnung und nicht die Gewährleistungszeit und ist als Zirka-Angabe zu verstehen.

#### II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

(1) Die fristgerechte Vorlage der geforderten Nachweise, Erklärungen und der vollständig ausgefüllte Teilnahmeantrag gemäß Ziffern III.1.1, III.1.2 und III.1.3.

(2) Die Auswahl der Bewerber erfolgt auf Grundlage der zum Nachweis der Eignung geforderten Angaben, Erklärungen und Unterlagen mit einem Schwerpunkt bei den Referenzprojekten. Die maximale erreichbare Punktzahl beträgt: 815 Punkte (Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit: 175 Punkte; Technische und berufliche Leistungsfähigkeit: 640 Punkte).

Detaillierte Angaben zur Bewertung können der "Bewertungsmatrix Stufe 1 - Teilnahmewettbewerb" im Anhang zum Teilnahmeantrag (s. Vergabeunterlagen [Hyperlink s. Ziff. I.3],, Dokument "Teilnahmeantrag" [Ordner "Vom Unternehmen auszufüllende Dokumente"]) entnommen werden.

(3) Soweit die Mindestanforderungen erfüllt sind, ist die Rangfolge der erreichten Punkte für die Auswahl maßgebend (§51 VgV). Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend den zu Grunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los getroffen werden (§75 [6] VgV).

**II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

**II.2.11) Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

(1) Die Vergabe erfolgt stufenweise und ggf. abschnittsweise ohne Rechtsanspruch auf die Beauftragung aller Leistungsstufen/Bauabschnitte. Mit dem Abschluss des Vertrages ist beabsichtigt, die Leistungsphasen 1 bis 4 gem. HOAI §55 zu beauftragen (Stufe 1), soweit nach Ziff. II.2.4 Bestandteil der beabsichtigten Beauftragung. Eine Beauftragung steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Hauptausschusses.

Die weiteren Stufen werden bei Fortsetzung der Planung und Ausführung der Baumaßnahme einzeln oder im Ganzen schriftlich beauftragt. Aus der stufenweisen Beauftragung bzw. Nichtbeauftragung der weiteren Stufen ergibt sich kein Anspruch für den Auftragnehmer auf eine höhere bzw. zusätzliche Vergütung. Wesentliche Voraussetzungen für die weitere Beauftragung sind die Einhaltung der Kosten und Termine, die vorhandenen oder sich ggf. ändernden Finanzierungsgrundlagen sowie die Genehmigungsfähigkeit.

(2) Sofern für die Durchführung der Maßnahme erforderlich, werden optional weitere Besondere Leistungen beauftragt.

(3) Im Falle der Einladung zur Verhandlung/Angebotsaufforderung sind neben einem Honorarangebot (Formblatt) folgende Erklärungen unterzeichnet vorzulegen (s.a. Ziff. III.2.2): Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz.

Es werden über die mit Veröffentlichung der Bekanntmachung bereits zur Verfügung gestellten Unterlagen (s. Ziff. II.2.4) hinaus folgende Unterlagen zur Verfügung gestellt: Formblatt für Honorarangebote.

**II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen**

**II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

**II.2.14) Zusätzliche Angaben**

**Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

**III.1) Teilnahmebedingungen**

**III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Folgende aktuelle Nachweise/Erklärungen des Bewerbers - bei Bewerbergemeinschaften von allen Mitgliedern - sind zwingend gefordert; bei Nichtvorlage/-abgabe oder unvollständiger Abgabe mit der Bewerbung - auch auf Nachforderung gemäß VgV §56 (2) - wird der Bewerber ausgeschlossen:

(1) Eigenerklärungen/Auflagen:

- a) Soweit der Bewerber eintragungspflichtig ist: Auszug aus dem Handelsregister oder dem vergleichbaren Register des Heimatlandes des Bewerbers sowie Eigenerklärung (Teilnahmeantrag Pkt. 2) des Bewerbers, dass der Auszug den aktuellen Eintragungsstand wiedergibt.
- b) Eigenerklärung (Teilnahmeantrag Punkt 2), dass keine Ausschlussgründe gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) §123 und §124 vorliegen.
- c) Eigenerklärung (Teilnahmeantrag Pkt. 2), dass er im Auftragsfall die Versicherung gemäß Ziff. III.1.2 für die gesamte Vertragslaufzeit zur Verfügung stellt.
- d) Eigenerklärung (Teilnahmeantrag Punkt 3) zu wirtschaftlichen Verknüpfungen.
- e) Eigenerklärung zur Beruflichen Befähigung (Teilnahmeantrag Punkt 6) gemäß Ziffer III.2.1.
- f) Beruft sich der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft zur Begründung seiner/ihrer Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten anderer Unternehmen (Nachunternehmer), sind die betreffenden Nachunternehmer zu benennen (Teilnahmeantrag Pkt. 1), Verpflichtungserklärungen der betreffenden Nachunternehmer nach §47 (1) VgV und die Erklärungen bzgl. wirtschaftlicher Verknüpfungen (Unabhängigkeit/Zusammenarbeit) und gem. §§123 und 124 GWB (über das Nichtzutreffen möglicher Ausschlussgründe) für die betreffenden Nachunternehmer vorzulegen (Formblatt). Anderenfalls sind die unter dieser Ziffer geforderten Erklärungen und Nachweise für Nachunternehmer erst auf Verlangen des Auftraggebers vorzulegen.

(2) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

- Bewerbergemeinschaften sind vor Angebotsabgabe nicht verpflichtet, eine bestimmte Rechtsform anzunehmen. Bewerbergemeinschaften haben mit ihrer Bewerbung eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung (Bewerbergemeinschaftserklärung) unter zwingender Verwendung des für die Abgabe einer Bewerbung abzurufenden Formblattes (vgl. Ziff. VI.3 der Bekanntmachung) abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
  - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
  - mit einer Erklärung, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
  - in der erklärt wird, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Mehrfachbeteiligungen, d.h. parallele Beteiligung als Einzelbieter und gleichzeitig als Gesellschafter einer Bietergemeinschaft sowie als Bieter und gleichzeitig als Nachunternehmer eines Bieters / einer Bietergemeinschaft, führen - wegen der damit verbundenen drohenden Verletzung des Geheimwettbewerbs - zum Ausschluss, sofern die betroffenen Unternehmen nicht nachweisen, dass die Angebote völlig unabhängig voneinander erstellt wurden.

### III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

(1) Umsatz: Eigenerklärung zum Nettojahresgesamtumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2016, 2017, 2018) sowie zum Netto-Jahresumsatz im Leistungsbild Technische Ausrüstung i.S. HOAI 2013 §55, Anlagengruppen 1-8 i.S. HOAI §53.

Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers darf der Umsatz des Nachunternehmers nur entsprechend seines Anteils am Gesamtauftrag angegeben werden, wenn der Nachunternehmer diesen Umsatz mit vergleichbaren Leistungen erzielt hat (Ziff. III.1.1, Unterpunkt (1), (f), sind zu beachten).

(2) Geforderte Kauttionen/Sicherheiten: Der Auftragnehmer hat im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mind. 3,0 Mio. EUR je Schadensfall für Personenschäden sowie 3,0 Mio. EUR für sonstige Schäden nachzuweisen und für die gesamte Dauer des Vertrages aufrechtzuerhalten. Eine Erklärung, dass diese im Auftragsfall abgeschlossen wird, ist erforderlich (Teilnahmeantrag Pkt. 2).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Netto-Jahresumsatz im Leistungsbild Technische Ausrüstung i.S. HOAI 2013 §55, Anlagengruppen 1-8 i.S. HOAI §53, im Mittel der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (2016, 2017, 2018): Mindestanforderung: größer/gleich 250.000,00 EUR netto pro Jahr im Durchschnitt.

### III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

(1) Darstellung (Teilnahmeantrag Punkt 4.2) der in den letzten drei Jahren (2018, 2017, 2016) jahresdurchschnittlich beschäftigten festangestellten Ingenieure [Dr.-Ing., Dipl.-Ing. bzw. Bachelor/Master oder gleichwertiger Abschluss] mit größer/gleich 30 Wochenarbeitsstunden im Leistungsbild Technische Ausrüstung i.S. HOAI 2013 §55, Anlagengruppen 1-8 i.S. HOAI §53, gesamt sowie mit Berufserfahrung größer/gleich 5 Jahre (Unterangaben für AGr 1-3 und 8 sowie 4-5).

Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers können nur die Mitarbeiter des Nachunternehmers hinzugerechnet werden, die für den entsprechenden Leistungsanteil eingesetzt wurden.

(2) Darstellung (Teilnahmeantrag Punkt 1), welche Leistungen mit dem eigenen Büro und welche gegebenenfalls durch Nachunternehmer erbracht werden sowie deren Benennung.

(3) Aus einer Referenzliste (Teilnahmeantrag Pkt. 5.1) für das Leistungsbild Technische Ausrüstung sind mind. 2 und max. 4 mit der Bauaufgabe vergleichbare Referenzprojekte vorzustellen (Teilnahmeantrag Pkt. 5.2), die anhand der Auswertungsmatrix bewertet werden.

Für die Wertungsfähigkeit der Referenzprojekte müssen folgende Unterangaben vollständig getätigt werden:

- Bezeichnung der Maßnahme und Ort/Land;
- Auftraggeber (Name/Kontaktdaten; der Bauherr behält sich vor, Erkundigungen einzuholen);
- Auftragnehmer;
- Datum Fertigstellung Leistungsphase 8 der Planer im Sinne HOAI 2013 §55 (mind. Übergabe an den Nutzer bzw. Betreiber);
- Bauwerkskosten (Summe Kosten KGr 400 nach DIN 276) netto;
- Bruttogrundfläche BGF;
- Schwierigkeitsgrad (Honorarzone im Sinne HOAI 2013 §56);
- Art der Baumaßnahme i.S. HOAI 2013 §2 (Umbau- und/oder Modernisierungsmaßnahme / Instandsetzungs- und/oder Instandhaltungsmaßnahme / Neubau- und/oder Erweiterungsbaumaßnahme / Andere);
- Bearbeitete Anlagengruppen / Leistungsphasen im Sinne HOAI 2013 §§53 und 55.

Für die Bewertung der fachlichen Eignung sind außerdem Angaben (Teilnahmeantrag Pkt. 5.2) zu weiteren Leistungen/ Projektmerkmalen zu tätigen (sofern zutreffend). Es geht je Leistung/Projektmerkmal max. ein Projekt in die Wertung ein.

Die Referenzprojekte müssen auf jeweils max. zwei DIN-A4-Seiten in Form von Texten, Plänen, Fotos oder Skizzen weiterführend dargestellt werden. Bei Nichtvorlage wird/werden die Referenz/en nicht gewertet.

Die Angaben zu den Referenzprojekten sind von der Bewerbungsgemeinschaft (inkl. Nachunternehmer, sofern zutreffend) insgesamt zu machen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Folgende Mindestanforderungen sind zu erfüllen; Bewerbungen, die diese Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden vom weiteren Vergabeverfahren zwingend ausgeschlossen:

(1.) Anzahl der festangestellten Ingenieure [Dr.-Ing., Dipl.-Ing. bzw. Bachelor/Master oder gleichwertiger Abschluss] mit größer/gleich 30 Wochenarbeitsstunden im Leistungsbild Technische Ausrüstung i.S. HOAI §55 mit Berufserfahrung größer/gleich 5 Jahre im Durchschnitt der letzten 3 Jahre: Mindestanforderung: größer/gleich 4 pro Jahr im Durchschnitt, davon mind. 2 in den AGr 1-3 und 8 sowie mind. 2 in den AGr 4-5 i.S. HOAI 2013 §53.

(2.) Referenzen: Mindestanforderung, damit die Eignung zuerkannt werden kann: Gewertet werden nur Referenzprojekte (mind. 2 und max. 4), die folgende Bedingungen erfüllen: Bauwerkskosten (Summe Kosten KGr 410 - 480 nach DIN 276 Neu) größer/gleich 0,8 Mio. netto je Projekt, Fertigstellung Leistungsphase 8 i.S. HOAI §55 (mind. Übergabe an den Nutzer bzw. Betreiber) in den letzten 6 Jahren (im Zeitraum 05/2013 bis 04/2019).

Mit diesen Referenzprojekten sind die folgenden weiteren Mindestanforderungen zu erfüllen:

- mindestens ein Referenzprojekt mit der Zuordnung "Öffentlicher Auftrag im Sinne GWB §103";
- mindestens ein Referenzprojekt mit der Zuordnung Umbau- und/oder Modernisierungsmaßnahme i.S. HOAI §2;
- mindestens ein Referenzprojekt mit der Zuordnung Neubau- und/oder Erweiterungsbaumaßnahme i.S. HOAI §2;
- mindestens ein Referenzprojekt mit Bauwerkskosten (Summe Kosten KGr 410 bis 480 nach DIN 276) größer/gleich 1,8 Mio. Euro netto;
- durch die Summe der Referenzprojekte müssen die Leistungen der Leistungsphasen 2 bis 3 und 5 bis 8 im Sinne HOAI 2013 §55 in den Anlagengruppen 1 bis 5 im Sinne HOAI 2013 §53 mindestens je einmal abgedeckt sein.

Alle Mindestanforderungen müssen in zwei oder mehreren Referenzprojekten (max. 4) erfüllt sein, die Kombination dabei ist beliebig

### III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

### III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

#### III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

VgV §75 (1-3) in Verbindung mit VgV §44: Teilnahmeberechtigt sind Ingenieure:

- (1) Natürliche Personen werden zugelassen, wenn sie nach den Gesetzen der Länder berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen oder wenn sie berechtigt sind, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur tätig zu werden.
- (2) Juristische Personen werden zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen gemäß dem vorstehenden Absatz benennen.
- (3) Bei Bewerbergemeinschaften muss jedes Mitglied die Anforderungen erfüllen, die an natürliche und/oder juristische Personen gestellt werden.

Eine Eigenerklärung gemäß vorstehender Festlegungen erfolgt im Teilnahmeantrag (s. Pkt. 6).

#### III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

- (1) Örtliche Präsenz während der Planungs- und Bauzeit in engen Intervallen gemäß Erfordernis; personelle Kontinuität bezüglich der Präsenz vor Ort.
- (2) Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften sowie ergänzenden Vorschriften und Regeln des Landes Brandenburg, u.a. Schulbaurichtlinie, Raumprogrammempfehlung MBJS, Verwaltungsvorschrift Kindertagesstätten, Arbeitsstätten-VO, DIN 18040-1, BbgBO, LHO und BbgVergG.
- (3) Bürgerliches Gesetzbuch (BGB).
- (4) Vertragsentwurf inkl. Anlagen (u.a. Grobterminplan).

(5) Im Falle der Einladung zur Verhandlung von allen Beteiligten vorzulegende Erklärungen: Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (BbgVergG).

(6) Der Bewerber darf bei Vertragsausführung nur Personen einsetzen, die eine Erklärung gem. §1 Verpflichtungsgesetz abgeben.

(7) Honorarordnung für Architekten und Ingenieure HOAI (2013): Festlegung AG bzgl. Honorarzonen: HOAI §56: II bzw. I (AGr 6) bzw. III (AGr 8), jeweils Mindestsatz.

### III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

#### **Abschnitt IV: Verfahren**

##### IV.1) **Beschreibung**

##### IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

##### IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

##### IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

##### IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

##### IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

##### IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

##### IV.2) **Verwaltungsangaben**

##### IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

##### IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 18/06/2019

Ortszeit: 14:00

##### IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

##### IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

##### IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

Laufzeit in Monaten: 6 (ab dem Schlussstermin für den Eingang der Angebote)

##### IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

#### **Abschnitt VI: Weitere Angaben**

##### VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

##### VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

##### VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

(1) Die insb. in Ziffer III.1.1 bis III.1.3 geforderten Erklärungen und Angaben werden im Rahmen der zu verwendenden Formblätter (Teilnahmeantrag und, sofern zutreffend, Bewerbergemeinschaftserklärung sowie Erklärung des Nachunternehmers) präzisiert und abgefordert und sind nicht separat zu erklären/abzugeben. Bei den Formblättern handelt es sich um interaktive PDF-Dateien zum maschinellen Ausfüllen, die im Internet (s. Ziff. I.3) heruntergeladen werden können. Die Formblätter sind - in deutscher Sprache gut lesbar - vollständig auszufüllen. Eine Unterschrift auf den einzureichenden Unterlagen ist bei elektronischer Bewerbung nicht erforderlich, der Name des Erklärenden/der bevollmächtigten Person ist jedoch zwingend anzugeben. Im Falle



einer Bewerbergemeinschaft sind die Angaben für das sich bewerbende Team als Ganzes vorzunehmen. Je Bewerbung ist nur ein Teilnahmeantrag zugelassen. Der bevollmächtigte Vertreter füllt den Teilnahmeantrag aus.

Die Bewerbungsunterlagen sind elektronisch unter Nutzung des sog. Bietertools auf der Vergabeplattform (s. Ziff. I.3) bis zu der in Ziff. IV.2.2 genannten Frist einzureichen, ansonsten wird der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft zwingend ausgeschlossen.

Die Nichtvorlage bzw. die Vorlage nicht vollständiger Unterlagen, Erklärungen und Nachweise - auch auf Nachforderung gemäß VgV §56 [2] - hat den zwingenden Ausschluss vom weiteren Verfahren zur Folge. Eine Nachforderung bei fehlerhaften Referenznachweisen ist über den Umfang der Liste in Pkt. 5.1 des Teilnahmeantrages hinaus nicht vorgesehen.

Die Bewerbungsunterlagen verbleiben beim Auftraggeber. Ein Anspruch auf Kostenerstattung besteht nicht.

(2) Sofern der Bewerber eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung einreichen möchte, muss er sicherstellen, dass die EEE sämtliche zuvor genannten Angaben/Erklärungen/Nachweise enthält. Die EEE muss nicht verwendet werden, wenn der Teilnahmeantrag inkl. Anlagen vollständig ausgefüllt eingereicht wird.

(3) Unter der in Ziff. I.3 genannten Adresse können alle Vergabeunterlagen (Formblätter [s.o.] inkl. Bewertungsmatrix Stufe 1 sowie Zuschlagskriterien/Bewertungsmatrix Stufe 2 und die in Ziff. II.2.4 aufgeführten Unterlagen) sowie Änderungen/ Ergänzungen zur Bekanntmachung u.ä. wie auch die weiteren Auskünfte abgerufen werden. Bewerber sind verpflichtet, sich eigenständig die Informationen dort zu verschaffen.

(4) Rückfragen werden nur zugelassen und beantwortet, wenn sie so rechtzeitig eingehen, dass der Auftraggeber 6 Tage vor Ablauf der Bewerbungsfrist die zusätzlichen Auskünfte erteilen kann (§ 20 (3), Unterabsatz 1VgV). Die Kommunikation erfolgt nur über die Internetplattform (siehe I.3). Kommunikation, die mündlich, per E-Mail, Telefax, Briefpost usw. erfolgt, ist nicht zugelassen und wird nicht beantwortet.

(5) Hinweis zu Ziff. II.2.5 Zuschlagskriterien: je Kriterium werden 0, 1, 3 oder 5 Punkte vergeben (näheres siehe Vergabeunterlagen). Es können insg. maximal 230 Punkte erreicht werden. Bewertung Honorarangebote: Die einzelnen Honorarangebote werden jeweils mit max. 5 Punkten bewertet. 5 Punkte erhält das Angebot mit dem niedrigsten Preis, 0 Punkte erhalten Angebote mit dem 1,75-fachen oder mehr als dem 1,75-fachen des niedrigsten Preises. Die Punktzahl errechnet sich im Übrigen dann wie folgt:  $0 + 5 \times (\text{niedrigster Preis} \times 1,75 - \text{Preis}) / (\text{niedrigster Preis} \times 1,75 - \text{niedrigster Preis})$ .

(6) Der Bauherr beabsichtigt, i.R. der Verhandlung (Zuschlagsverfahren) die Frist für die Einlieferung der finalen Honorarangebote im Einvernehmen mit den Bietern auf 15 Tage festzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, den Zuschlag gemäß VgV §17 (11) auf der Grundlage der Erstangebote zu erteilen.

Bekanntmachungs-ID: CXP9YH6DAEX

#### VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

##### VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft und Energie

Heinrich-Mann-Allee 107

Potsdam

14473

Deutschland

Telefon: +49 331-8661617

Fax: +49 331-8661652

##### VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

##### VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

1.) Mit der Abgabe eines Angebotes unterliegt der Bieter/die Bieterin den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gemäß §62 VgV. Vergaberechtsverstöße sind vom Antragsteller eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer gegenüber der Vergabestelle zu rügen. Ansonsten gilt gemäß §160 (3) GWB, dass ein Nachprüfungsantrag unzulässig ist, soweit:

1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

§160 (3) Satz 1 GWB gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach §135 (1) Nr. 2 GWB. §134 (1) S. 2 GWB bleibt unberührt.

2.) Gemäß §135 (2) GWB kann eine Unwirksamkeit eines Vertrages nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

15/05/2019